



Presseschau vom 06.02.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

vormittags:

de.sputniknews.com: **Wegen Hilfe an Assad: US-Senat billigt neue Sanktionen gegen Russland und Iran**

Der US-Senat hat parteiübergreifend für einen Gesetzentwurf gestimmt, der neue Sanktionen gegen die syrische Regierung und ihre Verbündete vorsieht. Darüber berichtet der Nachrichtensender CNN am Dienstag.

Demnach unterstützten 77 von 100 Senatoren das Dokument, darunter auch der demokratische Fraktionsvorsitzende Chuck Schumer. Gegen das Gesetz stimmten 22 von 47 Demokraten im Senat. Laut CNN äußerten sich fast alle Demokraten, die 2020 für das Präsidentenamt kandidieren wollen, gegen die Vorlage.

Das Gesetz unter dem Namen „Strengthening America's Security in the Middle East Act“ (dt. „Stärkung der US-Sicherheit im Nahen Osten“) sieht die Verhängung von Sanktionen gegen Drittpersonen vor, die auf jegliche Art und Weise die syrische Regierung sowie die Militäroperationen Russlands und des Iran in Syrien unterstützen.

Dazu zählen unter anderem die Erbringung von Ingenieur- und Bauleistungen, der Handel mit Flugzeugbestandteilen sowie Technologie und Informationen, welche die Ölförderung in Syrien unterstützen könnten.

Als Strafmaßnahmen werden Kontensperrungen sowie Visa-Aufhebungen und -Verbote angeführt.

Das Dokument beinhaltet außerdem einen Artikel, der den Präsidenten Donald Trump dazu drängt, US-Truppen aus Syrien und Afghanistan nicht abzuziehen. Der Verfasser dieses

Zusatzes war der republikanische Mehrheitsführer Mitch McConnell. Wie CNN vermerkt, ist dies ein seltener Fall einer Zurechtweisung des amtierenden Präsidenten durch einen Mehrheitsführer.

Ein wichtiger Teil des Gesetzes ist der US-Zusammenarbeit mit Jordanien und Israel gewidmet. Dies rief Kritik seitens der demokratischen Senatsabgeordneten hervor, die über Israels Vorgehen mit den Palästinensern besorgt sind.

Diese Stellungnahme einiger Demokraten könnte eine Hürde für die Genehmigung des Gesetzes in seiner gegenwärtigen Form im US-Repräsentantenhaus schaffen, wo ebenfalls eine Abstimmung stattfinden soll.

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen siebenmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Solotoje-5, Malodjoshnoje, Kalinowo-Borschtschewatoje, Kalinowo und Sokolniki**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

de.sputniknews.com: **Beitrittsprotokoll wird unterzeichnet: Mazedonien soll das 30. Nato-Land werden**

Die Mitgliedsstaaten der Nato unterzeichnen am heutigen Mittwoch in Brüssel das Beitrittsprotokoll für Mazedonien. Das Dokument muss im Anschluss noch von jedem Staat ratifiziert werden. Bedingung für die Aufnahme in die Militärallianz war es, den Namen der ehemaligen jugoslawischen Republik zu ändern.

Nach jüngsten Informationen haben Nato-Mitgliedsstaaten den Beitrittsprotokoll für Mazedonien bereits unterzeichnet. Dies bedeutet den Beginn eines Ratifizierungs-Prozesses, betonte der Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Er hoffe, dass dieser Prozess schnell sein werde.

Das Land soll voraussichtlich 2020 mit dem neuen Namen „Nordmazedonien“ das 30. Mitglied der Nato werden.

Griechenland hatte den Beitritt Mazedoniens zum nordatlantischen Militärbündnis wegen des Namensstreits jahrelang blockiert. Athen hatte auf die Änderung des Namens der ehemaligen jugoslawischen Republik bestanden, damit sie nicht mit der gleichnamigen nordgriechischen Provinz verwechselt wird. Selbst der Name, unter dem das Land im Jahr 1993 in die Uno aufgenommen wurde – „Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien“ (auf Englisch abgekürzt FYROM) – passte Athen nicht.

Am 30. September 2018 hatte in Mazedonien ein Referendum über die Namensänderung stattgefunden. Die Volksabstimmung scheiterte allerdings faktisch: Denn die Wahlbeteiligung betrug lediglich 36,8 Prozent bei 1,8 Millionen Wahlberechtigten, wobei für ein gültiges Ergebnis eine Wahlbeteiligung von mindestens 50 Prozent hätte erreicht werden müssen. Trotz des Scheiterns der Volksabstimmung sprachen EU, Nato und die USA von einem Erfolg.

Der russische Außenminister, Sergej Lawrow, hatte zuvor das Vorgehen des Westens in Bezug auf Mazedonien kritisiert. Er sprach von einer „systematischen groben Einmischung der USA und der EU in die inneren Angelegenheiten des Landes“ und von einer „forcierten Aufnahme“ Skopjes in die Nato.

„Täglich wurden die Bürger direkt agitiert, bei dem Referendum am 30. September für das Prespa-Abkommen zu stimmen“, sagte Lawrow in einem Gespräch mit der griechischen Zeitung „Efimerida ton syntakton“. Dabei seien oppositionelle Abgeordnete im mazedonischen Parlament bestochen worden, betonte Lawrow.



<https://cdn.de1.img.sputniknews.com/images/32142/06/321420618.jpg>

de.sputniknews.com: **Unter dieser Bedingung verzichtet Moldawien auf Transnistrien – Parlamentssprecher**

Der Sprecher des moldawischen Parlaments, Andrian Candu, hat gegenüber der ukrainischen Zeitung „Jewropejskaja Prawda“ die Aussichten der Republik Moldau auf die europäische Integration sowie eine mögliche Wiedervereinigung mit dem nicht anerkannten Transnistrien kommentiert.

Candu zufolge ist es nötig, dass Transnistrien wieder in Moldawien integriert wird – jedoch nicht um jeden Preis. Chisinau sei bereit, auf den Plan zu verzichten, sollte er sich zu einem Stolperstein beim Ausbau der Zusammenarbeit mit der Nato und bei dem EU-Beitritt entwickeln.

„Da kann es keine Diskussionen geben. Das ist eindeutig unsere Zukunft. In dieser Frage kann es keine Kompromisse geben. Das ist nicht der Preis für die Reintegration Moldawiens, von dem die Rede sein kann. Falls sich herausstellt, dass der Preis der Verzicht auf die europäische Integration ist, dann wird unsere Antwort „nein“ sein, diesen Preis werden wir nicht zahlen“, zitiert das Blatt den Politiker.

Transnistrien ist der östlich des Dnjestr gelegene Teil Moldawiens. Nach der Unabhängigkeit Moldawiens im Jahr 1991 erklärte auch das mehrheitlich von Russen und Ukrainern bewohnte Transnistrien seine Unabhängigkeit, da eine Eingliederung Moldawiens in Rumänien im Gespräch war. Der Streit mit der moldawischen Regierung mündete in einen militärischen Konflikt, der durch die Vermittlung Russlands beigelegt werden konnte. Heute ist Transnistrien (offiziell „Transnistrische Moldauische Republik“) de facto ein autonom agierender, international aber nicht anerkannter Staat innerhalb Moldawiens.

Die internationalen Friedenskräfte sichern seit 1992 den Waffenstillstand in Transnistrien, dessen Bevölkerung bei einem Referendum 2006 mehrheitlich für die Unabhängigkeit des Gebietes stimmte. Das Friedenskонтингент besteht aus 385 russischen, 403 moldawischen und 411 transnistrischen Soldaten sowie zehn Militärbeobachtern aus der Ukraine.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 05. Februar 3:00 Uhr bis 06. Februar 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 24.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der

Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Schirokaja Balka, Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Donezker Flughafen (Volvo-Zentrum, Terminal), Spartak, Jasinowataja, Staromichajlowka, Alexandrowka, Leninskoje, Kominternowo .**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 615.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 55.

Ab 01:01 Uhr am 29. Dezember 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueereinstellung im Zusammenhang mit den Neujahrs- und Weihnachtsfeiertagen in Kraft.

de.sputniknews.com: **Rumänien klagt über russische „Provokationen“ im Schwarzen Meer**

Laut dem rumänischen Verteidigungsminister Gabriel Leş stößt sein Land angeblich auf russische „Provokationen“ im Schwarzen Meer, wie er im Interview mit dem Sender Antena3 erklärte.

Es ist unklar, welches Vorgehen Leş mit der Bezeichnung „Provokationen“ gemeint hat, aber seiner Ansicht nach verlangen russische Handlungen eine kollektive Antwort seitens der Nato. „Ich möchte den Begriff ‚Provokationen‘ und nicht ‚Bedrohungen‘ verwenden. Denn wir sprechen jetzt nicht über Bedrohungen, sondern über Provokationen, an die Russland uns gewöhnt hat“, gibt Antena3 die Worte des Ministers wieder.

Er betonte, dass die „Provokationen“ keine direkte Gefahr für Rumänien darstellen und Rumänien deswegen nur zusammen mit der Nato darauf reagieren würde.

Laut Leş ist die wichtigste Frage dabei nicht, wie Rumänien sich nach außen verteidigen soll, sondern „wie wir uns innerhalb des Landes schützen“.

„Es gibt Tatsachen über die Vorgehensweise Russlands, die wir ernster nehmen sollten“, meinte er.

Zuvor hatte die rumänische Ministerpräsidentin, Viorica Dăncilă, die Idee einer neuen Nato-Strategie für das Schwarze Meer vorgelegt, die die Rolle des „US-Aufsehers“ für Rumänien im Gebiet sichern könnte.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Russische S-300 nun in Syrien aufgestellt? Israel zeigt Satelliten-Fotos**

Laut der israelischen Firma ImageSat sind nun in Syrien mehrere russische S-300-Systeme dienstbereit. Dabei beruft sich das Unternehmen auf Satellitenaufnahmen von der syrischen Stadt Masyaf.

Laut Angaben von ImageSat sind die gelieferten Systeme nordöstlich der Stadt Masyaf stationiert. Drei S-300 sollen nun einsatzbereit sein, während das vierte System angeblich von

einem Tarnnetz bedeckt ist.

„Wegen der aktuellen regionalen Spannungen und der festgestellten Errichtung der Startanlagen ist es möglich, dass die erwähnte Aktivität von einer erhöhten Einsatzbereitschaft zeugt. Derzeit ist jedoch nicht klar, warum nur ein System getarnt ist. Es ist eine seltene Situation, die Fragen über die Einsatzbereitschaft der gesamten Batterie und insbesondere über die getarnte Startanlage aufwirft“, so ImageSat.

Anfang Oktober hatte Russland dem syrischen Militär vier S-300-Raketenabwehrsysteme zur Verfügung gestellt, um das Potenzial der Luftverteidigung des Landes zu erhöhen und fremde Mächte vor neuen Angriffen auf Syrien abzuschrecken.

Dies erfolgte als Reaktion auf den Unfall mit der russischen Il-20. Das Flugzeug wurde fehlerhaft von syrischen Streitkräften abgeschossen, nachdem es von der israelischen Luftwaffe während ihrer Angriffe auf syrische Ziele als Schild benutzt worden war.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32385/36/323853679.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 06.02.2019**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **24-mal das Regime der Feuereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von zehn Ortschaften beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer der 58. Panzergrenadierbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Drapatyj die Gebiete von **Schirokaja Balka** und der **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 57. Panzergrenadier-, der 28. und der 93. mechanisierten Brigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Mischantschuk, Martschenko und Klotschkow aus die Gebiete von **Spartak, Staromichajlowka, Trudowskije, Alexandrowka, Jasinowataja** und des **Flughafens von Donezk** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer der 79. Luftsturmbriade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch die Gebiete von **Leninskoje** und **Kominternowo** mit 120mm-Mörsern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die **ukrainischen Kämpfer nutzen Drohnen zur Aufklärung** unserer Positionen und zur **Feuerleitung** und verletzen so die Minsker Vereinbarungen.

In den letzten 24 Stunden haben die Einheiten der Luftabwehr der Volksmiliz **eine Drohne des Gegners im Gebiet von Staromichajlowka vernichtet.**

Wir erhalten weiter Informationen über nicht kampfbedingte Verluste der ukrainischen bewaffneten Formationen aufgrund von nicht ordnungsgemäßen gegenseitigen Beziehungen und von nachlässigem Umgang mit Waffen und Munition.

Im Gebiet von Wodjanoje warf ein Kämpfer aus der 79. Luftsturmbrigade während des Trinkens von Alkohol zur Zerstreuung eine RDG-5-Granate in den benachbarten Schützengraben, ohne sich davon zu überzeugen, dass sich dort keine Kameraden befanden. Infolge der Detonation der Granate erlitten zwei Kämpfer Splitterverletzungen.

Außerdem starb im Gebiet von Taramtschuk im Verantwortungsbereich der 28. mechanisierten Brigade beim Versuch Munition auseinanderzunehmen ein Kämpfer, zwei wurden schwer verletzt.

Im Gebiet von Opytnoje im Verantwortungsbereich der 57. Panzergrenadierbrigade auf den Positionen mit der Bezeichnung „POWAR“ haben Kämpfer unsere Positionen ungeordnet beschossen, einer der Terroristen schoss in betrunkenem Zustand zufällig mit einem Unterlaufgranatwerfer in den eigenen Schützengraben, dabei wurden drei Kämpfer verletzt. Die Kommandeure der oben genannten Brigaden haben diese Verluste nach bestehender Tradition als kampfbedingt dargestellt, angeblich im Ergebnis von Beschuss von Seiten der Einheiten der Volksmiliz. Ich merke an, dass das geringe Ausbildungsniveau der ukrainischen Kämpfer durch verbreiteten Alkoholismus und Drogenabhängigkeit verschärft wird, was zu einer Zunahme von nicht kampfbedingten Verlusten führt.

Im Zusammenhang mit den zunehmenden Vorfällen hat der Leiter des Generalstabs Mushenko dem Kommandeur der Bodentruppen Popko die Aufgabe gestellt, seine Agitationstour mit dem Zweck, die ukrainischen Kämpfer zu zwingen, „für Poroschenko“ zu stimmen, zeitweilig zu unterbrechen und persönlich die Ermittlungen in diesen drei Brigaden zu leiten.

de.sputniknews.com: **Auf in den Hyperschall-Klub? Frankreich bereitet Antwort auf russische „Avangard“ vor**

Frankreich will sich in den kommenden fünf Jahren eigene Hyperschallwaffen beschaffen. Darüber berichtet das Militärmagazin „The National Interest“.

Nach den Angaben des Magazins wurde in Frankreich das Projekt V-MaX ins Leben gerufen. Sein Ziel ist, einen Hyperschall-Gleitblock zu schaffen, der eine Geschwindigkeit von 6.000 Stundenkilometern erreichen kann.

Das Projekt sieht unter anderem die Entwicklung von Atomwaffen vor. Mit der Aufgabe befasst sich ArianeGroup - ein Gemeinschaftsunternehmen von Airbus und Safran. Grundlage für die neue Waffe sollen die Überschall-Luft-Boden-Marschflugkörper ASN4G werden, die nach der Modifizierung auch auf Hyperschallgeschwindigkeit umgestellt werden könnten. Die ersten Tests sind schon für 2021 geplant.

Doch die fünf Jahre bis dahin sind laut der Zeitschrift auch trotz der fortgeschrittenen Luft- und Raumfahrtindustrie in Frankreich eine zu kurze Zeitperiode.

Mit der erfolgreichen Projektumsetzung würde Paris die „Eintrittskarte“ in den „Hyperschall-Klub“ bekommen, schreibt das Magazin. An Hyperschall-Waffen bauen derzeit einige Staaten, darunter Russland, die USA und China.

Die russische Hyperschall-Rakete Avangard gilt dabei laut dem Beitrag als die modernste Entwicklung, gegen die auch die US-Raketenabwehr machtlos ist.

mil-lnr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht verändert und

bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **siebenmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Von den Positionen der Einheiten der 10. Gebirgsturmbriade der ukrainischen Streitkräfte aus wurden auf Befehl des Kriegsverbrechers Subanitsch das Gebiet von **Sokolniki** mit 120mm-Mörsern beschossen.

Auf Befehl des Kommandeurs der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte, des Verbrechers Majstrenko, wurden die Gebiete von **Kalinowo, Kalinowo-Bortschtschewatoje, Molodjoshnoje** und **Solotoje-5** mit 120mm- und 82mm-Mörsern und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt wurden mehr als 50 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Nach Angaben unserer Quellen hat der Kommandeur der OOS Najew Anweisungen gegeben, Material zu erstellen, das das Image des Kommandos der ukrainischen Strafruppen in den Augen der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte verbessert und dazu gestellte Videos zu drehen, die die Einheiten der Volksmiliz der Verletzung des Regimes der Feueereinstellung beschuldigen.

So wurde im Zeitraum vom 3. bis 6. Februar die Aktivität von Vertretern der ukrainischen Informationsagenturen „UA Donbass“, „112.ua“, „UNIAN“ in Begleitung von Offizieren des 72. Zentrums für informationspsychologische Operationen und des Pressedienstes des Stabs der OOS an der Kontaktlinie festgestellt.

Wir stellen weiter Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte vor dem Hintergrund des niedrigen des moralisch-psychischen Niveaus des Personals fest.

So hat nach Angaben unserer Quellen ein Soldat der 25. Brigade der ukrainischen Streitkräfte eigenmächtig den Dienstort verlassen und die Zeit müßig in Stschastje verbracht. Einen Tag später wurde der Soldat mit der Diagnose Schädel-Hirn-Trauma in das städtische Krankenhaus eingeliefert.

Bei den Ermittlungen wurde klar, dass der Soldat beim Kauf von Alkohol in stark betrunkenem Zustand versuchte, die Verkäuferin des nachts geöffneten Geschäfts zu vergewaltigen. Im Schockzustand zerschlug die junge Frau einen Flasche Sekt auf dem Kopf des Verbrechers und rief die Polizei.

Die Volksmiliz der LVR hält die Minsker Vereinbarungen und die Verpflichtungen zur friedlichen Regelung des Konflikts streng ein. Dennoch behalten wir uns im Fall einer militärischen Aggression von Seiten des Gegners das Recht vor, operativ mit Gegenmaßnahmen zu reagieren und eine adäquate Antwort zu geben.

de.sputniknews.com: **INF-Vertrag: Für Kiews Raketenprogramm kommt das Abrüstungsaus wie gerufen**

Swobodnaja Pressa

Das Ende des INF-Vertrags hat einen überraschenden Teilaspekt: Namhafte Experten aus der Ukraine sehen im Ausstieg der Vereinigten Staaten aus dieser wichtigen Abrüstungsvereinbarung neue militärische Möglichkeiten für ihr Land, schreibt das Portal „Swobodnaja pressa“.

Für Kiew ist das Ende des INF-Vertrages die Gelegenheit, sich endlich strategische Raketenwaffen zuzulegen. Diesen laut dem Portal sehr gefährlichen Vorschlag hat die renommierte ukrainische Politologin Polina Sinowez geäußert. Die Wissenschaftlerin ist an der Universität Odessa tätig und leitet dort das Zentrum für Fragen der Nicht-Verbreitung von Kernwaffen.

Um präziser zu sein: Die ukrainische Expertin für strategische Waffensysteme schlägt laut dem Portal vor, Kiew soll die Vereinbarungen aus dem Kontrollregime für

Raketentechnologie ignorieren und mit dem Bau von Raketen beginnen, die für die „effektive Eindämmung Russlands“ notwendig seien. Vorher müsse natürlich die Zustimmung der Vereinigten Staaten eingeholt werden.

Da das „Kontrollregime für Raketentechnologie“ in der öffentlichen Debatte selten erwähnt wird, sei an die Eckpunkte dieser wichtigen Einrichtung erinnert. Das Ziel des Kontrollregimes ist es, den Export von Technologien zu kontrollieren, die dazu verwendet werden könnten, nuklearfähige Flugkörper oder Drohnen herzustellen. Konkret: Das Kontrollregime verbietet die Verbreitung von Waffensystemen mit einer Kampflast von mehr als 500 Kilogramm und einer Reichweite von mindestens 300 Kilometern. 32 Länder sind dem Kontrollregime bisher beigetreten, darunter auch die Ukraine.

Und offensichtlich wird diese Vereinbarung für Kiew immer mehr zum Störfaktor, schreibt „Swobodnaja pressa“. Weder ukrainische Politiker noch ukrainische Militärs machen einen Hehl daraus, dass sie sich Raketensysteme wünschen, die eine spürbare Gefahr für Russland wären.

Es müssten Raketen mit einer Reichweite von circa 1.500 Kilometern sein, erklären ukrainische Politiker, Strategen und Experten immer mal wieder. Zum Beispiel: Flugkörper mit einer Reichweite von 1.500 km würden Kiews Position bei der „euroatlantischen Integration“ stärken. „Mit ein- bis zweihundert solcher Raketen im Arsenal könnte Kiew der russischen Führung seine Bedingungen diktieren“, sagte laut dem Portal der namhafte ukrainische Militärexperte Walentin Badrak im Oktober 2018 dem TV-Sender „UkrLife“. Die Entwicklung solcher Raketen wäre für die Ukraine schwierig aber möglich, sagt Generaloberst Wiktor Jessin, ehemaliger Stabschef der russischen strategischen Raketenkräfte, laut dem Portal:

„Die wissenschaftlichen Grundlagen sind vorhanden. Die technischen Voraussetzungen sind den Ukrainern zwar abhandengekommen, lassen sich aber zügig neu aufbauen. Wann die Rakete einsatzreif sein könnte, ist schwierig zu sagen. Es fehlen zuverlässige Informationen über den Zustand der ukrainischen Rüstungsindustrie.“

Klingt nach einer objektiven Einschätzung. Es ist jedenfalls kein Geheimnis, dass der ukrainische Raketenbauer „KB Juschnoje“ – ein seit Sowjetzeiten namhaftes Konstruktionsbüro – seine Arbeiten am Marschflugkörper „Sapsan“ forciert hat. Unter dem Codenamen Sapsan (zu Deutsch: „Wanderfalke“) verbirgt sich ein ausgeklügeltes Waffensystem, das in der Lage sein soll, mit drei unterschiedlichen Typen von Raketen sowohl Boden- als auch Luft- und Seeziele zu bekämpfen.

Die für die Bekämpfung von Bodenzielen bestimmte Rakete heißt „Grom-2“ (dt.: „Donner-2“). Die Verantwortlichen in Kiew sagen, es handele sich um ein Gegenstück zur russischen Rakete „Iskander-M“. Demnach ist es also ein mobiles Boden-Boden-Raketensystem mit einem Einsatzradius von 300 bis rund 450 Kilometern. Für Moskau wäre die ukrainische Rakete insofern keine Gefahr – für die Krim und für Sewastopol umso mehr.

Entschärft wird diese Bedrohung zunächst durch die Ergebnisse der Tests, die der ukrainische Entwickler am „Sapsan“-System vor einem Jahr vorgenommen hat. Laut dem Portal ist der Vorprototyp des Raketentriebwerks auf dem Teststand explodiert, „wegen nicht einkalkulierten Anstiegs des Betriebsdrucks“, wie es heißt.

Optimistische Schätzungen gehen deshalb davon aus, dass mit der Dienststreife der neuen Waffe nicht vor 2021 zu rechnen sei. Aber die Kiewer Führung hat einen weiteren Hoffnungsträger: die Rakete „Korschun“ („Milan“) – auch eine Entwicklung des KB Juschnoje.

In der Vergangenheit erklärte Kiew, die Reichweite dieser Boden-Boden-Rakete liege unterhalb des Grenzwerts von 500 Kilometern, der im INF-Vertrag festgelegt wurde. Doch es ist allzu deutlich, dass die Kiewer Führung die Entwickler gleich zu Anfang damit beauftragt hatte, eine Möglichkeit zur Reichweitensteigerung bei dieser Rakete einzuplanen, schreibt das Portal.

Jedenfalls ist die ukrainische „Korschun“ in Auslegung und Abmessungen praktisch identisch mit dem sowjetischen Marschflugkörper Ch-55. Der hatte eine Reichweite von 2.500 Kilometern. Gebaut wurde die Ch-55 zu Sowjetzeiten in der Ukraine...

Also: Das Ende des INF-Vertrags spielt auch den Politikern in Kiew in die Hände, schreibt das Portal. Rechtlich sind ihnen beim Raketenprogramm keine Grenzen mehr gesetzt. Die technischen und finanziellen Probleme bei der Entwicklung der Raketen lassen sich mithilfe der Amerikaner lösen. Bleibt nur, das Kontrollregime für Raketentechnologie zu ignorieren, wie es die Politologin Sinowez vorschlägt.

Vom Erfolg ukrainischer Raketeningenieure würden übrigens auch die US-Strategen profitieren: Würden die „Korschun“-Raketen beispielsweise in der Nähe von Charkow stationiert, stünden unweit der russischen Grenze Flugkörper bereit, die bei Leistung und Schlagkraft den amerikanischen „Tomahawks“ sehr ähnlich wären.

Die ukrainischen Flugkörper, sollten sie mit westlicher Hilfe einsatzreif entwickelt werden, wären mehr als eine Drohgebärde. In deren Einsatzradius befände sich schließlich nicht nur die russische Hauptstadt: Auch russische Kernkraftwerke – die von Woronesch oder Rostow zum Beispiel – wären mögliche Ziele für die ukrainischen „Raubvögel“.

Eine abwegige Vorstellung? Wer weiß. Es ist nur, dass auf den Straßen von Kiew längst Kahlköpfe bei Fackelzügen marschieren. Dass die sich vom vernünftigen Zureden nicht aufhalten lassen, ist bekannt.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32385/49/323854993.jpg>

Mil-lnr.info: Offiziere der Vertretung der LVR Im GZKK haben gemeinsam mit Beobachtern der besonderen Beobachtermission der OSZE die Abzugsorte für Waffen und Militärtechnik, die im Rahmen der Erfüllung einer der Punkte der Minsker Vereinbarungen abgezogen wurden, besucht. Diese Initiative kam von Vertretern der LVR. Solche Kontrollen, so meint das GZKK, können alle Fragen bezüglich des Fehlens von Waffen an den Lagerorten beseitigen. „Heute haben Vertreter der OSZE-Mission die Abzugsorte für schwere Waffen besucht. Sie haben sich davon überzeugt, dass die LVR nach wie vor die Minsker Vereinbarungen erfüllt und die gesamte Technik sich an den Orten befindet, wohin sie abgezogen wurde. Zur Optimierung der Kontrolle der abgezogenen Waffen haben die Vertreter der OSZE-Mission und Offiziere der GEZKK eine Markierung der Technik vorgenommen. Diese Maßnahme erfolgte, um Spekulationen von Seiten der Ukraine zu verhindern, dass sich nicht die gesamte Technik an den Abzugsorten befindet“, erklärte der Leiter der Volksmiliz der LVR Michail Filiponko.

de.sputniknews.com: **Lawrow kontert US-Vorschlag zur INF-Alternative**

Im Streit um den INF-Vertrag hat Russland seinerseits genug Vorschläge zur Rüstungskontrolle und strategischen Stabilität unterbreitet, wie am Mittwoch der russische Außenminister, Sergej Lawrow, als Reaktion auf die jüngsten Aussagen des US-Präsidenten Donald Trump erklärte.

Trump hielt am Dienstag (Ortszeit) vor dem Kongress seine bislang zweite Rede zur Lage der Nation. Dabei verteidigte er seine Entscheidung zur Aufkündigung des wichtigen Abrüstungsvertrags von 1987 und schlug vor: „Vielleicht können wir einen anderen Vertrag aushandeln, der China und andere einschließt, oder vielleicht können wir das nicht“.

„Was weitere Verhandlungen betrifft – ob zu diesem oder zu anderen Themen, die sich auf strategische Stabilität und Rüstungskontrolle beziehen – hat Präsident Putin unsere Position eindeutig geklärt. Es gibt keinen Mangel an Initiativen, die wir an unsere amerikanischen und im Allgemeinen westlichen Kollegen in der Nato weitergeleitet haben“, so der Minister nach dem Treffen mit seinem turkmenischen Amtskollegen Raschid Meredow.

Laut Lawrow blieben die russischen Initiativen ohne Antwort. Deswegen beauftragte Russlands Staatschef, Wladimir Putin, das Verteidigungsministerium damit, „diese Themen nicht aufzugreifen und in Ruhe abzuwarten“, bis die westlichen Partner „reif für eine Reaktion“ auf die Vorschläge Moskaus seien.

Washington hat die Einhaltung der Verpflichtungen zum INF-Vertrag ab dem 2. Februar ausgesetzt und als Grund angegeben, dass Russland systematisch die Vertragsbedingungen verletzte.

Der bilaterale INF-Vertrag verbietet den Besitz von bodengestützten ballistischen Raketen und Marschflugkörpern mit Reichweiten von 500 bis 5500 Kilometern. Moskau und Washington beschuldigen einander immer wieder, gegen die Vertragsbedingungen zu verstoßen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32255/81/322558198.jpg>

ukrinform.ua: **Mauer an russischer Grenze zu 30 Prozent fertiggestellt**

Der Bau von Schutzanlagen an der Grenze zu Russland ist zu etwa 30 Prozent fertig gestellt. Das entspricht dem Finanzierungsvolumen, sagte der Berater des Chefs des ukrainischen Grenzschutzdienstes, Oleh Slobodjan, dem Fernsehsender 5. Kanal.

Nach Worten von Slobodjan ist die Mauer am Grenzschnitt in der Oblast Charkow fast gebaut. Sie habe sich dort als außerordentlich effektiv erwiesen. Am Abschnitt gebe es fast keine illegale Grenzübertritte.

Dem Sprecher zufolge wurde der Bau nie eingestellt. Wegen Finanzierungsproblemen wurde

der Mauerbau aber von 2018 zuerst auf 2020 und dann 2021 verschoben, sagte er.



https://static.ukrinform.com/photos/2018_12/thumb_files/630_360_1546086413-180.jpg

de.sputniknews.com: **Wie der Fall Venezuela die deutsche Haltung zu internationalen Regeln offenlegt**

Tilo Gräser

Was hält die Regierung der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich von der von ihr oft beschworenen „regelbasierten internationalen Ordnung“? Sie wirft gern anderen Staaten vor, dagegen zu verstoßen. Aussagen von Experten zu Venezuela zeigen, was von dieser politischen Propaganda Berlins im konkreten Fall zu halten ist.

Die Anerkennung des selbsternannten venezolanischen „Interimspräsidenten“ Juan Guaidó durch westliche Staaten, darunter die Bundesrepublik, „ist die Unterstützung eines Umsturzes und nach allen Regeln der UN-Charta ein unerlaubter Eingriff in die Souveränität eines Staates“. Das erklärt der Völkerrechtler Norman Paech im Interview mit der Tageszeitung „junge Welt“ am Mittwoch. Berlin habe sich damit „wieder auf die Schleimspur der US-Regierung begeben“, stellt er fest.

„Man spricht nicht mehr darüber, was doch eigentlich in den westlichen Wertvorstellungen eine große Rolle spielen sollte: das Völkerrecht und die Souveränität von Staaten.“ Bei den Vorgängen in Venezuela handele es sich um einen „vollkommen unzulässigen und rechtswidrigen Putsch“, der auch der Verfassung des Landes widerspreche, schätzt der Hamburger Völkerrechtler ein.

Wovon Berlin redet

„Die regelbasierte internationale Ordnung bildet einen Grundpfeiler deutscher Außenpolitik“, ist auf der Homepage des Auswärtigen Amtes (AA) der Bundesrepublik zu lesen. Doch wann das konkret gilt, bestimmt Berlin selbst je nach Interessenlage. Und so erklärte Bundesaußenminister Heiko Maas Ende Januar im Bundestag: „Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit werden von Nicolás Maduro mit Füßen getreten. Sein Regime, das sich zynischerweise auf Bolívar beruft, hat Venezuela mittlerweile an den Abgrund geführt.“ Dem stehe die Bundesregierung nicht neutral gegenüber, so der Minister, der Guaidó und die Nationalversammlung in Caracas als einzig demokratisch legitimierte Institution des Landes bezeichnete. „Gemeinsam mit der EU haben wir ihm deshalb unsere politische Unterstützung zugesichert, und dabei wird es auch bleiben.“

Wozu die deutsche Presse schweigt

Was das mit der propagierten „regelbasierten Ordnung“ zu tun hat, erklärte Maas nicht. Völkerrechtler Paech kommentiert das in der „jungen Welt“ so: „Ich wundere mich darüber, dass in der deutschen Presse nur sehr wenig Kritik an dem

Vorgehen, dem sich nun auch die Bundesregierung angeschlossen hat, zu hören ist. Denken Sie nur daran, was im Fall der Krim zu vernehmen war. Oder denken Sie daran, was derzeit als Satire durchs Internet geistert: Russlands Präsident Wladimir Putin würde eine selbsternannte Präsidentin Marine Le Pen in Frankreich anerkennen, vor dem Hintergrund der Proteste der ‚Gelbwesten‘ und des Ausnahmezustandes, den die französische Regierung unter Emmanuel Macron durch die großen Polizeieinsätze zu verantworten hat.“

Paech hebt hervor, dass es sich bei dem westlichen Vorgehen gegen Venezuela um einen voraussehbaren „Kulminationspunkt einer Entwicklung“ handelt. „Es geht um einen seit langer Zeit geplanten ‚Regime change‘, der in den USA und in interessierten Kreisen verfolgt wird.“ Und:

„Das ist der Rückfall in eine koloniale und imperiale Praxis: Regierungen werden dazu aufgefordert, sich zu unterwerfen, wodurch sie letztlich in den Vasallenstatus zurückkehren. Man muss sagen, dass wir es hier mit einer absoluten diplomatischen Frechheit zu tun haben.“ Was die Rechtmäßigkeit der Präsidentschaft von Maduro angeht, stellt im Gegensatz zum Bundesaußenminister der Volkswirtschaftler und Lateinamerika-Kenner Günter Buhlke fest, der venezolanische Präsident habe am 10. Januar dieses Jahres „entsprechend Artikel 231 der geltenden Verfassung Venezuelas erneut sein Amt für die Periode 2019 – 2025 angetreten“.

Was Demokratie für den Westen zählt

Seine Legitimation bestehe darin, dass er im Mai 2018 vom venezolanischen Volk mit 67,8 Prozent gewählt wurde. „Maduro stützt sich auf die Wirkung der Verfassung, die eine über 80-prozentige Zustimmung der Bevölkerung genießt.“

Buhlke hatte unter anderem als Handelsrat der DDR in Mexiko und Venezuela gearbeitet und war Koordinator für die Wirtschaftsbeziehungen der DDR zu Lateinamerika. Auf dem Onlineportal der internationalen Nachrichtenagentur „Pressenza“ schreibt er zu den Vorgängen in Venezuela und der Anerkennung von Guaidó: „Mit verdächtigen Geschwindigkeiten wird er von Machtpolitikern der USA und der EU als Präsident anerkannt. Ihr fragwürdiges Demokratieverständnis ist nicht zu übersehen.“

„Die Welt erlebt im Januar 2019 eine 5. Sonderaktion der Opposition, die Politik von Chávez und Maduro in Venezuela und des ALBA-Verbundes Lateinamerikas zu beenden. Die Straße wird mobilisiert. Das Logistikzentrum der Aktionen liegt in den USA. Die westlichen Industrieländer glauben sich im Recht, eigene Werteordnungen für die Demokratie und für Verteilungsfragen anzuwenden. Sie opponieren gegen alle Alternativen zur Marktwirtschaftsordnung, wie es Chávez und Maduro für Venezuela anstreben.“

Die aktuelle Politik der USA und der deutschen Regierung folge weiterhin der Truman Doktrin von 1947, so Buhlke. „Sie zielt im Kern darauf, soziale, friedensorientierte und ökologische Alternativen aufzuhalten und zurückzudrängen (Containment-Politik).“

Wie der Westen den Frieden bedroht

Der Lateinamerika-Kenner macht zugleich deutlich: „Die Vorgänge in Venezuela haben mehr als nur lokale Bedeutung.“ Er betont: Die Aktivitäten der USA sowie die Drohungen des Präsidenten Donald Trump gegen das Land, auch militärische Optionen anzuwenden, „bedrohen den Weltfrieden. Die US-Politik ignoriert die Verfassungsrechte Venezuelas auf Selbstbestimmung und einen eigenen Entwicklungsweg zu gehen. Eine gleiche Position verfolgt die deutsche Regierung.“

Der frühere Sprecher des Auswärtigen Amtes (1992 – 1994) und Botschafter a.D. Horst Rudolf hat Ende Januar gegenüber dem Online-Magazin „Nachdenkseiten“ daran erinnert, „dass es in früheren Zeiten die klare Regelung gegeben hat, dass die Bundesregierung keine Personen und Regierungen, sondern Staaten anerkennt.“ Auf Nachfrage habe er vom Auswärtigen Amt in Berlin zu hören bekommen, prinzipiell gelte nach wie vor die Regel, man erkenne nur Staaten an, doch im Falle Venezuelas wäre ja Juan Guaiadó juristisch korrekt in der Position, Neuwahlen zu verlangen.

Rudolf fragt: „Wenn die Bundesregierung – zusammen mit ihren ‚europäischen Partnern‘ –

derart eilig juristisch und völkerrechtlich ebenso fragwürdige (auch noch mit einem Ultimatum verbundene) Drohungen gegen ein fernes Land ausspricht, ohne dies mit dem Parlament abzustimmen oder vorher die Bevölkerung zumindest zu informieren, ist dies nicht das Gegenteil der bisherigen deutschen Außenpolitik, vor allem vermittelnd und diplomatisch tätig zu sein?“

Wie Berlin der US-Politik weiter folgt

Und weiter will der ehemalige AA-Sprecher unter anderem wissen: „Tritt damit Deutschland nicht doch in die aggressive Vorgehensweise der USA ein, die (angeblich nicht-demokratische) Staaten weltweit nach Gutdünken mit Sanktionen, Strafen und sogar militärischen Drohungen und Invasionen bedrohen?“ Und: „Ist der Bundesregierung nicht klar, dass eine derart massive direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Venezuelas auch zu einem blutigen Bürgerkrieg, und/oder einer US-Invasion (die ja bereits als Szenario angekündigt wurde) mit unabsehbaren Folgen führen kann?“

Rudolf fügte dem hinzu: „Seitdem die Nato Belgrad bombardierte, und dann unsere Sicherheits-Versprechen an Russland anlässlich der Wiedervereinigung platzen ließ, bedauere ich, nicht schon früher aus dem Auswärtigen Amt ausgeschieden zu sein.“ Für ihn sei klar geworden, als die US-Raketen über die einstige innerdeutsche Grenze hinaus in Richtung Osten stationiert wurden: „Entweder sind einige meiner Kollegen und ich Vollidioten, oder wir gehen den (politischen) Weg der USA.“



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32385/63/323856365.jpg>

Dan-news.info: In der DVR könnte ein staatliches System der beruflichen Qualifizierung nach Standards der RF eingerichtet werden. Ein solcher Vorschlag wurde heute in Donezk beim Runden Tisch „Modernisierung des Systems der Berufsbildung bei bestehenden Anforderungen an eine innovative Ökonomie unter Bedingungen der Integration mit der RF“ gemacht.

An der Erörterung nahmen Mitglieder der Regierung der DVR, Abgeordnete des Volkssowjets, Vertreter des Aktivs der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“, Mitarbeiter von Unternehmen und Gewerkschaftsaktivisten teil. Über die Ziele des Projekts sprach einer seiner Autoren, der Experte des Nationalen Qualifizierungssystems der RF Artur Sapachow.

„Wenn wir nicht wollen, dass die Arbeitskraftressourcen der DVR qualitativ hinter den Arbeitskraftressourcen der RF zurückstehen, müssen wir das System von Qualifikation und Ausbildung von Kadern auf das Niveau bringen, wie es in Russland ist“, sagte er. Insbesondere müssen staatliche Qualifikationsstandards festgelegt werden, die den Anforderungen der Unternehmen entsprechen. Diese müssen von den

Ausbildungseinrichtungen berücksichtigt werden. Dieses System wird es erlauben festzustellen, ob bestimmte Kandidaten auf bestimmte Stellen passen, und die Werk­tätigen erhalten ihren Fähigkeiten entsprechende Zertifikate. In der DVR wird diese Initiative unterstützt.

„In einer einstimmigen Entscheidung haben wir die Konzeption des Projekts „Nationales Qualifikationssystem“ analog zum russischen System unterstützt. Wir rufen die Öffentlichkeit, unsere Aktivsten und den Volkssowjet der DVR auf, in kürzester Zeit diese Initiative zu unterstützen und auf eine möglichst schnelle Realisierung hinzuarbeiten“, sagte der Leiter des zentralen Exekutivkomitees von DR Alexej Muratow.

Ukrinform.ua: **Ukraine verließ alle GUS-Organ**

Die Ukraine hat den Austrittsprozess aus allen Koordinationsorganen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten abgeschlossen.

Das erklärte der Botschafter der Ukraine in Weißrussland, Igor Kisim, am Mittwoch vor der Presse, berichtet die russische Nachrichtenagentur TASS. „Wir haben ein entsprechendes Dokument eingereicht, damit ist das alles“, sagte der Botschafter. Derzeit befasse sich Kiew mit einigen Prozedurfragen und kündige allmählich bestehende Abkommen.

Am 2. Mai 2018 hatte der Rat für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine den Austritt der Ukraine aus GUS-Koordinationsorganen beschlossen.

Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten wurde 1991 durch die Staatschefs der Ukraine, Russlands und Weißrusslands gegründet. Später traten Ex-Sowjetrepubliken Aserbaidschan, Armenien, Kasachstan, Kirgistan, Moldau, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan der Organisation bei. Die Ukraine war aber kein Mitglied der Organisation, weil sie die Satzung der GUS vom 22. Januar 1993 nicht unterzeichnete.

de.sputniknews.com: **Macron führt Gedenktag für Völkermord an Armeniern ein – Ankara empört**

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat den 24. April zum Tag der Erinnerung an den Völkermord an den Armeniern im Ersten Weltkrieg in Frankreich erklärt. Aus der Türkei kam scharfe Kritik an dieser Entscheidung.

Macron äußerte sich über seine Entscheidung am Dienstagabend vor Vertretern der armenischen Gemeinde in Frankreich. Er habe den türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdogan im Vorfeld über diesen Schritt informiert.

Paris hatte bereits 2001 die Massaker an den Armeniern im Osmanischen Reich als Völkermord eingestuft. Die Bundesregierung tat dies im Jahr 2016, was eine diplomatische Krise mit der Türkei nach sich zog. Ankara lehnt es kategorisch ab, den Mord an bis zu 1,5 Millionen Armeniern als Genozid zu bezeichnen.

Ankara hat sich über die Entscheidung Macrons empört gezeigt. Der Pressesprecher des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan sprach von einer „politischen Lüge“: „Die Behauptungen über das sogenannte Genozid an den Armeniern sind eine politische Lüge, die jeder rechtlichen Grundlage entbehrt und historischen Fakten widerspricht.“

Macron versuche zudem vor dem Hintergrund der Proteste in Frankreich dieses historische Ereignis zu seinen eigenen Zwecken zu nutzen.

Dnr-online.ru: Die Hauptlast des Kampfes mit Schnee und Schneeglätte in Wohngebieten lastete auf den Schultern der Arbeiter der Wohnungswirtschaft. Über die Maßnahmen zur Beseitigung der Folgen von Schneefall und Glatteis sowie über ernsthafte Probleme der kommunalen Beschäftigten berichtete der Leiter der Abteilung für Wohnungswirtschaft der Verwaltung von Donezk Walerij Litwinow in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR.

„Mit Beginn von ungünstigen Wetterbedingungen wurden mehr als 2000 Personen und 13 Stück Schneeräumungstechnik zur Räumung der Wohngebiete eingesetzt. Zusätzlich wurde Technik von Vertragsorganisationen eingesetzt. In einem Monat wurden 1200 Tonnen Streumaterial eingesetzt, außerdem wurden in diesem Jahr 170 Tonnen zusätzlich gekauft. Ich möchte anmerken, dass in den letzten Jahren nicht mehr als 1000 Tonnen Streumaterial im gesamten Winter verbraucht wurden. Die Wohnorganisationen setzten die Arbeit zur Entfernung von Eis von den Dächern von Wohnhäusern fort, täglich arbeiten fünf bis neun Hubfahrzeuge des kommunalen Unternehmens „Gorsvet“ und des Zivilschutzministeriums“, sagte Walerij Litwinow.

Ein ernsthaftes Problem für die Wohnungswirtschaft der Hauptstadt ist der starke Mangel an Arbeitskräften und technischen Mitteln. „Die Abteilung für Wohnungswirtschaft hat einen Brief an das Donezker Arbeitsamt geschrieben, mit der Bitte Menschen heranzuziehen, die für befristete Arbeiten eingestellt werden können, um die Bereiche um die Häuser zu reinigen. Aber das Arbeitsamt konnte nicht helfen, das es schon 939 freie Stellen bei Bauorganisationen gibt. Es wurde vorgeschlagen das Personal durch eigene Kräfte aufzufüllen. Bei einer planmäßigen Zahl von 2035 Personen arbeiten bei uns tatsächlich 1096 Personen. Der Lohn eines Hausmeisters beträgt etwa 3000 Rubel, das mittlere Alter ist 60 und höher. Heute ist die Frage einer Erhöhung der Löhne für die Arbeiter der Wohnorganisationen sehr dringend. Diese Frage befindet sich zur Behandlung bei der Führung der Republik. Außerdem bitte ich die Frage der Beschaffung von neun Traktoren mit Schneepflügen, drei Hubfahrzeugen, 20 Schneeräumungsfahrzeugen zu behandeln. Außerdem müssen 250 Tonnen technisches Salz zum Streuen von Straßen innerhalb der Wohngebiet beschafft werden“, sagte Walerij Litwinow.

de.sputniknews.com: **Ankara unterstützt Terroristen-Besetzung syrischer Gebiete – Idlibs Gouverneur**

Die Türkei unterstützt die Besetzung der syrischen Provinz Idlib durch Terroristen, wie deren Gouverneur Fadi Saadun am Mittwoch gegenüber Sputnik erklärte.

„Die Türken haben Interesse daran, dass die Provinz Idlib weiterhin von Terroristen besetzt bleibt. Erstens gibt es dafür politische Gründe. Zweitens ist es (Idlib – Anm. d. Red.) für sie ein riesiger Absatzmarkt. Ankara exportiert jedes Jahr Waren im Wert von 1,6 Milliarden Dollar nach Syrien, vor allem in die von ‚Dschebhat al-Nusra‘ kontrollierten Gebiete“, so Saadun.

Er fügte hinzu, dass die Bewohner von Idlib an der Seite der syrischen Regierung stünden und auf eine baldige Befreiung hofften. Die Regierung unternehme alles in ihrer Macht Stehende, um Bildung und medizinische Versorgung für die Bürger aufrechtzuerhalten.

Nachdem die Dschihadisten-Miliz „Hayat Tahrir Ash-Sham“ die Kontrolle über Idlib erlangt hatte, verschlechterte sich die humanitäre Situation in der Provinz drastisch: Festnahmen von Zivilisten und Plünderungen wurden zum Alltag.

abends:

de.sputniknews.com: **„Übergeschnappt“: Sacharowa zu Poroschenkos Vorwürfen wegen Armut der Ukrainer**

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa hat eine Äußerung des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko kommentiert, der Moskau für den niedrigen Lebensstandard der Ukrainer verantwortlich gemacht hatte.

Zuvor hatte Poroschenko Russland unter anderem vorgeworfen, dessen Märkte für ukrainische Waren „innerhalb eines Augenblicks“ geschlossen und die Ukraine um ein Drittel ihrer Exporteinnahmen gebracht zu haben.

„Pjotr Alexejewitsch (Poroschenko - Anm. d. Red.) ist wohl übergeschnappt; bei vollem Verstand kann man so nicht einmal lügen“, zitiert die offizielle Facebook-Seite des russischen Außenministeriums Sacharowas Äußerung.

Die Regierung in Kiew und der ukrainische Staatschef persönlich seien für den Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine verantwortlich, betonte sie. Kiew habe einseitig eine ganze Reihe der bilateralen Abkommen gekündigt und setze diesen Prozess fort, so die Sprecherin. Vor kurzem habe der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin bekannt gegeben, dass die ukrainische Seite aus zwei zwischenstaatlichen Abkommen sowie 25 Abkommen zwischen den Regierungen, 19 Abkommen zwischen den Behörden der beiden Länder und drei Abkommen zwischen den Regionen Russlands und der Ukraine ausgestiegen sei.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32386/29/323862944.jpg>

Dan-news.info: „An den Passierpunkten „Alexandrowka“ und „Jelenowka“ sind erhebliche Veränderungen an der Infrastruktur geplant. Damit befasst sich eine Arbeitsgruppe, die vom Republikoberhaupt Ende des letzten Jahres geschaffen wurde. Die Behörden, die die Grenzkontrollen durchführen, arbeiten bereits an einer einheitlichen Datenbank und einer entsprechend normativ-rechtlichen Reglementierung des Prozesses, um die Grenzübertritte zu beschleunigen“, teilte der Sprecher des Volkssowjets der DVR Wladimir Bidjowka mit. Er berichtete auch, dass seit dem 28. Januar Parlamentarier die Situation an jedem der vier Passierpunkte an der Frontlinie untersuchen. Inzwischen haben sie eine Reihe von Problemen entdeckt, die den Übertritt hemmen. Dazu gehören u.a. Personalmangel, fehlende Hinweisschilder, nicht geräumte Zufahrten.

Der Parlamentssprecher unterstrich, dass an jedem der Passierpunkte täglich zwei Abgeordnete die Situation verfolgen. Seit Beginn dieser Arbeit haben etwa 60 Parlamentarier daran teilgenommen. Die Beobachtung hat gezeigt, dass die größte Belastung an den KPP „Gorlowka“, „Alexandrowka“ und „Jelenowka“ besteht. Der Passierpunkt „Oktjabrj“ im Süden der Republik ist etwa bis 14 Uhr ausgelastet.

de.sputniknews.com: **Venezuela: So unterstützt Deutschland einen Regime Change**

Der Politologe Mohssen Massarrat warnt im Sputnik-Interview vor einer Unterstützung der venezolanischen Opposition durch EU-Länder. Das könnte die USA zu einem militärischen Eingreifen ermutigen und so zu einem Bürgerkrieg in Venezuela und einer „Mittelostisierung“ der Konflikte in Lateinamerika“ führen.

„Wir ermutigen alle Regierungen in Europa, das Volk von Venezuela und die Übergangsregierung in Venezuela zu unterstützen, indem sie Guaidó als

Übergangspräsidenten anerkennen“, sagte die für Lateinamerika zuständige US-Diplomatin Kimberly Breier letzte Woche. 13 EU-Länder inklusive Deutschland sind der Aufforderung bisher gefolgt und haben Venezuelas Oppositionsführer Juan Guaidó offiziell als Interimspräsident des Landes anerkannt. Der gewählte venezolanische Präsident Nicolás Maduro spricht von US-Aggressionen gegenüber seinem Land.

Keine völkerrechtliche Grundlage

Laut UN-Charta gebe es allerdings keine völkerrechtliche Grundlage einen selbsternannten Präsidenten von außen so ohne weiteres zu unterstützen, erklärt der emeritierte Politikwissenschaftler Mohssen Massarrat. Das nämlich würde eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder bedeuten, was nach UN-Recht nicht erlaubt ist. Massarrat kritisiert:

„Dass der deutsche Außenminister Maas in dieser Richtung initiativ geworden ist, ist ganz schlecht und gefährlich, denn auf diese Weise werden der US-Regierung und Präsident Trump Signale gegeben, dass Europa hinter einem Regime Change steht. Das ist auch immer ein Signal für Militärinterventionen. Solange Europa gegen US-amerikanische Militärinterventionen ist, ist es schwierig für eine US-Regierung einen innergesellschaftlichen Konsens dafür zu bilden.“

„Mittelostisierung“ der Konflikte in Lateinamerika

Die aktuelle Haltung der 13 EU-Länder hält Massarrat deswegen für genauso falsch und gefährlich, wie damals die europäische Haltung im Jugoslawien- oder Libyenkrieg. Auch 2011 in Libyen seien die Europäer vorgeprescht, hätten die Pläne der USA und Hillary Clintons umgesetzt und so mit dazu beigetragen, dass das Libysche Regime gestürzt worden sei. Die Folgen seien bis heute spürbar. Etwas Vergleichbares in Lateinamerika wäre katastrophal für den gesamten Kontinent. Massarrat warnt: „Wir würden eine ‚Mittelostisierung‘ der Konflikte in Lateinamerika zu erwarten haben.“

Vergleichbar mit Syrien

Eine militärische Intervention der USA in Venezuela könnte leicht zu einem Bürgerkrieg ausarten. Sollte ein Teil der Militärs der Aufforderung von Guaidó folgen und sich auf seine Seite schlagen, könnten vor allem die niedrigen Ränge für Präsident Maduro Partei ergreifen und notfalls die Regierung mit Militärgewalt verteidigen, vermutet Massarrat. Dann sei es nicht ausgeschlossen, dass die Vereinigten Staaten die abtrünnigen Militärs aus der Luft unterstützen würden. Eine solche Situation erinnert den ehemaligen Professor für Politikwissenschaft an der Universität Osnabrück an Syrien:

„Erst nachdem sich dort ein Teil der Armee gegen Assad gewandt hatte, gab es eine große Auseinandersetzung innerhalb der Armee, erst dann ist der Bürgerkrieg eigentlich losgegangen.“

Was steht dem Kontinent bevor?

Sorgen macht er sich aber nicht nur um Venezuela. Für den gesamten Kontinent sehe es nicht gut aus, denn offensichtlich solle der Versuch eines Regierungswechsels nicht auf Venezuela beschränkt bleiben. Massarrat sagt:

„Die USA haben zugegeben, dass auch die Regierungen in Nicaragua und Kuba nicht in das Konzept der US-Regierung passen. Man will offensichtlich generell den Einfluss Russlands und Chinas, auch des Irans, in Lateinamerika auf null reduzieren. Das ist ein größeres Projekt. Hier soll die berechtigte Kritik der Bevölkerung an der Versorgungslage in Venezuela genutzt und instrumentalisiert werden, um von außen ein Regime Change herbei zu führen.“